

III- 56 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XX. Gesetzgebungsperiode

B E R I C H T

über den schulischen Teil der

Berufsausbildung

(Lehrlingsausbildung)

1995

Zukunft • Bildung • Kultur

BM|UK

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorbemerkung	2
Änderungen in der Berufsschule bezüglich	
a) Schülerzahlen	3
b) Organisation der Unterrichtszeit	5
c) Schulische Vorbildung der Berufsschüler	9
d) Schulische Vorbildung männlicher und weiblicher Berufsschüler	11
e) Lehrpläne	13
f) Lehrer	20
Aktuelle Problemstellungen in der Berufsschule	
Durchlässigkeit und Höherqualifikation in der Berufsschule	23
Facharbeiterbedarf und Entwicklung der Schülerzahlen	29
Beteiligung von Berufsschülern an LEONARDO DA VINCI	37
Verzeichnis der Tabellen und Grafiken	
Quellenverzeichnis	

Vorbemerkung

Der Nationalrat hat in seiner Sitzung am 3. Oktober 1991 anlässlich der Verhandlung des Berichtes des Handelsausschusses einen Antrag betreffend einen Bericht über die Berufsausbildung in Österreich (228 der Beilagen) die mitfolgende EntschlieÙung Nr. E 24 angenommen:

1. Der Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten wird ersucht, dem Nationalrat einen schriftlichen Bericht über die Berufsausbildung (Lehrlingsausbildung) in Österreich einschließlich der beruflichen Weiterbildung (innerbetriebliche Weiterbildung und Weiterbildung durch öffentliche und andere Träger) zu geben. Dieser Bericht soll als Teil des nächsten Mittelstandsberichtes und sodann in zweijährigen Abständen vorgelegt werden.
2. Der Bundesminister für Unterricht und Kunst wird ersucht, hinsichtlich des schulischen Teiles der Berufsausbildung einen schriftlichen Bericht zu erstellen und ihn gemeinsam mit dem nächsten Mittelstandsbericht in zweijährigen Abständen dem Nationalrat vorzulegen.

Der Bericht 1993 gab Auskunft über die Stellung der Berufsschule im dualen System, den strukturellen und organisatorischen Aufbau sowie aktuelle Problemstellungen der berufsbildenden Pflichtschule.

Der nun vorgelegte Bericht aktualisiert die statistisch relevanten Daten und beschreibt in ergänzenden Kapiteln aktuelle Problembereiche der Berufsschule.

Personenbezogene Bezeichnungen in diesem Bericht gelten jeweils auch in ihrer weiblichen Form.

Änderungen in der Berufsschule bezüglich

a) Schülerzahlen

Aufgrund der bestehenden Gesetzeslage kann man in Österreich nach

- a) Berufsschulen für Lehrberufe im Sinne des Berufsausbildungsgesetzes
- b) Land- und forstwirtschaftlichen Berufsschulen unterscheiden.

Die statistischen Daten aus dem Schuljahr 1993/94 (letztverfügbare Daten) über Schulen, Klassen und Schüler zeigen folgende Entwicklung:

(1)

a) Berufsschulen für Lehrberufe

	Schulen	Klassen	Schüler	davon weiblich
1989/90	201	6 102	150 251	52 211
1990/91	203	5 991	147 398	51 312
1991/92	201	5 877	143 494	49 433
1992/93	199	5 754	138 166	46 398
1993/94	197	5 555	132 943	43 622

b) Land- und forstwirtschaftliche Berufsschulen

	Schulen	Klassen	Schüler	davon weiblich
1989/90	22	102	2 048	904
1990/91	22	95	1 875	930
1991/92	19	84	1 620	829
1992/93	18	76	1 416	774
1993/94	19	70	1 253	715

Quelle: Österreichische Schulstatistik des BMUKA 1995

Der Prozentsatz der Berufsschüler unter allen Schülern der 10. Schulstufe ist seit dem Schuljahr 1989/90 rückläufig.

Die Tabelle zeigt den Anteil der Berufsschüler über 5 Jahre der 10. Schulstufe:

(2)

Schuljahr	Gesamtzahl der Schüler 10. Schulstufe	Berufsschüler auf der 10. Schulstufe abs. in	%
1989/90	104.612	49.139	47,0
1990/91	103.641	48.329	46,7
1991/92	102.148	46.291	45,3
1992/93	98.810	43.789	44,3
1993/94	97.153	42.389	43,6

Quelle: Österreichische Schulstatistik des BMUKA 1995

Mit Stichtag 31.12.1995 waren in Österreich 123.377 Lehrlinge beschäftigt (Wirtschaftskammer Österreich 1996).

Wie aus der Statistik ersichtlich treten etwa 40 Prozent der Jugendlichen, die nach Vollendung ihrer Schulpflicht einen berufsbildenden gesetzlich geregelten Bildungsweg einschlagen, in ein Lehrverhältnis ein. Sie begeben sich als Lehrlinge neben der betrieblichen Ausbildung in eine Berufsschule. Unter diesem Gesichtspunkt ist die Lehrlingsausbildung der bedeutendste Bildungsweg der Sekundarstufe II.

b) Organisation der Unterrichtszeit in der Berufsschule

Seit 1945 machte es die Führung von Fachklassen mit Werkstättenunterricht für einzelne Berufe oder Berufsgruppen erforderlich, die Lehrlinge aus einem größeren Schülereinzugsgebiet, einem Bundesland oder aus mehreren Bundesländern, zusammenzufassen. Einmal, um die für den Fachunterricht erforderliche Einrichtung optimal auszunutzen, zum anderen, um für Splitterberufe überhaupt die nötige Schülerzahl zur Führung von Fachklassen zu erreichen.

Die Verfachlichung und die damit einhergehende örtliche Konzentration des Fachunterrichtes würde für viele Lehrlinge bei ganzjähriger Führung der Fachklassen mit einmal wöchentlichem Unterricht unzumutbare Schulwege bedeuten. Deshalb mußte an Schulen mit einem größeren Lehrlingseinzugsgebiet der Berufsschulunterricht als Blockunterricht in (zumeist) acht aufeinanderfolgenden Wochen pro Lehrjahr organisiert werden. Berufsschulen bzw. Berufsschulklassen in dieser Organisationsform werden als Lehrgangsberufsschulen (Internatsberufsschulen) bezeichnet.

Demnach gibt es derzeit gemäß § 49 Schulorganisationsgesetz drei Organisationsformen der Berufsschulen:

- a) ganzjährige Berufsschule mit mindestens einem vollen Schultag oder mindestens zwei halben Schultagen in der Woche, wobei vorgesehen werden kann, daß ein den einen Tag in der Woche überschreitender Unterricht zur Gänze oder teilweise blockmäßig geführt werden darf,
- b) lehrgangsmäßige Berufsschulen mit einem in jeder Schulstufe mindestens acht - in Schulstufen, die einem halben Jahr des Lehrverhältnisses entsprechen, mindestens vier - Wochen dauernden Unterricht; die dem halben Jahr des Lehrverhältnisses entsprechende Unterrichtszeit kann auch auf die vorhergehenden Schulstufen aufgeteilt werden,
- c) saisonmäßige Berufsschulen mit einem auf eine bestimmte Jahreszeit zusammengezogenen Unterricht.

Das Verhältnis lehrgangsmäßig geführter Klassen zu Jahresklassen hat in den Bundesländern eine sehr unterschiedliche Ausprägung erfahren. Während in Wien nur zwei Prozent aller Berufsschüler einen lehrgangsmäßigen Unterricht erhalten, sind im Burgenland alle Berufsschulklassen lehrgangsmäßig organisiert.

Bei Durchsicht des statistischen Zahlenmaterials der Schülerzahlen läßt sich deutlich eine Verschiebung der Organisationsform vom ganzjährigen zum lehrgangsmäßigen Unterricht feststellen:

(3)

Schuljahr	Schüler insgesamt	ganzjähriger Unterricht	lehrgangsmäßiger Unterricht
1954/55	125 854	110 348 (88%)	14 187 (11%)
1976/77	179 366	87 782 (49%)	91 438 (51%)
1993/94	132 943	47 657 (36%)	85 159 (64%)

Quelle: Österreichische Schulstatistik des BMUKA 1995

Die saisonmäßige Organisationsform wurde 1993/94 (letzter verfügbare Daten) von 127 Schülern besucht.

Das Verhältnis der Schüler der ganzjährigen Berufsschulen hat sich seit 1954/55 deutlich zugunsten der lehrgangsmäßig geführten Berufsschulen verschoben.

Ganzjähriger lehrgangsmäßiger Unterricht bietet sich in jenen Lehrberufen besonders an, wo ansonsten durch eine zu geringe Anzahl von Lehrlingen keine verfachlichte Ausbildung geboten werden könnte. Etliche "Splitterberufe" könnten durch einen bundesweit zusammengefaßten Lehrgang in einer Fachklasse unterrichtet werden.

Die Entwicklung der Schülerzahlen und der wirtschaftliche Strukturwandel brachten mit sich, daß sich auch ehemals lehrlingsstarke Lehrberufe zu "Splitterberufen" entwickelt haben (z.B. Lehrberufe des grafischen Gewerbes, des Bekleidungs-gewerbes, der Schmuckherstellung) und in den Ländern vereinzelt keine Fachklassen mehr geführt werden können.

Eine Lösung zur Aufrechterhaltung der Verfachlichung auch für kleine Schülergruppen wäre durch eine bundesweite Zusammenfassung der Schüler in eine zentrale Berufsschule möglich. Die "Kuchler Konferenz 1995", eine einmal jährlich einberufene Tagung der beamteten Schulreferenten der Länder, hat zu diesem Bereich eine Empfehlung beschlossen, um eine sinnvolle fachliche Bildung der Lehrlinge in der Berufsschule zu gewährleisten. Die Empfehlung Nr. 1 der Kuchler Konferenz 1995 lautet:

"Durch den Rückgang der Schülerzahlen in einzelnen Lehrberufen sind verstärkte Anstrengungen erforderlich, um die anerkannt hohe Qualität des österreichischen dualen Ausbildungssystems weiterhin zu gewährleisten.

Um konkrete Maßnahmen vorzubereiten, wird die Verbindungsstelle der Bundesländer ersucht, bei den Ländern zu erheben, in welchen Lehrberufen im jeweiligen Land die Zweckmäßigkeit gesehen wird, Berufsschüler auszusprengeln oder Berufsschüler aus anderen Ländern aufzunehmen.

Diese Erhebung soll als Grundlage für weitere Beratungen sowohl einzelner betroffener Länder untereinander als auch der Kuchler Konferenz 1996 dienen."

Von Arbeitgeberseite wird gewünscht zusätzliche Unterrichtszeit während des ganzjährigen Unterrichts zu blocken. In einigen Berufsschulen in Wien wird diese besondere Organisation bereits realisiert (z.B. Baugewerbe, Baunebengewerbe).

Eine blockmäßige Aufteilung des Unterrichts (z.B. mehrere 3wöchige Unterrichtsblöcke) erfordert komplexe Organisationsformen. Die unregelmäßige Beschäftigung der Berufsschullehrer, die "schiefe" Stundenplangestaltung und die unterschiedliche Auslastung der Labors und Werkstätten müssen dabei standortbezogen entsprechend berücksichtigt werden.

Die Organisationsformen des lehrgangsmäßigen, ganzjährigen und saisonmäßigen geführten Berufsschulen sind 1995/96 folgendermaßen verteilt:

(4)

Bundesland	lehrgangsmäßig	ganzjährig	ganzjährig/ lehrgangsmäßig	ganzjährig/ saisonmäßig
Burgenland	4	-	-	-
Kärnten	4	5	7	1
Niederösterreich	22	3	-	1
Oberösterreich	12	7	10	-
Salzburg	5	3	5	-
Steiermark	20	3	3	-
Tirol	14	11	3	-
Vorarlberg	1	8	-	-
Wien	1	31	6	-

Quelle: BMUKA, Abteilung 21, 1995

c) Schulische Vorbildung der Berufsschüler

Die Voraussetzung für den Eintritt in eine österreichische Berufsschule ist die Absolvierung der neunjährigen Schulpflicht und der Abschluß eines Lehrvertrages. 1994 kamen ca. 40% der Berufsschüler aus dem Polytechnischen Lehrgang, etwa 22% aus der Hauptschule. Der Anteil der Berufsschüler, die aus weiterführenden Vollzeitschulen (AHS, BMS, BHS) in die Berufsschule übertraten, lag 1994 bei ca. 37%.

Der Anteil der Lehranfänger mit nicht mehr als Volksschulbildung lag im Jahre 1994 bei 0,15%. Dabei dürfte die Verbesserung der schulischen Versorgung eine bedeutende Rolle spielen. In absoluten Zahlen ausgedrückt ist der Anteil der Lehranfänger nur mit Volksschulbildung von 5.351 im Jahr 1970 auf 63 im Jahr 1994 zurückgegangen.

Obwohl die Zubringerfunktion des Polytechnischen Lehrganges und der Hauptschule für die Berufsschule unumstritten ist (fast 2/3 der Berufsschüler), so ist doch auch in diesem Bereich eine gewisse Dynamik feststellbar. Bis zum Jahr 1975 stieg der Anteil der Lehranfänger aus diesen beiden Schultypen beständig an und war 1975 mit 79% am höchsten. Ab dem Jahr 1976 ging der Anteil wieder zurück und zwar so stark, daß der Anteil aus diesen beiden Schultypen (Hauptschule und Polytechnischer Lehrgang) zuletzt weit unter den Stand von 1970 gefallen ist.

Analog zu dieser Entwicklung vollzieht sich eine Gegenbewegung, nämlich ein stark steigender Anteil von Lehranfängern aus weiterführenden Vollzeitschulen. Kamen 1970 nur etwa 12% der Lehranfänger aus der AHS, BMS oder BHS, so lag dieser Anteil 1994 bei über 36%. Ein Großteil dieser Drop-outs hat das 9. Schuljahr negativ abgeschlossen und wählt die Lehre, weil der angestrebte Bildungsgang nicht bewältigt wurde. Wie Berufsschullehrer berichten, ist die Lernmotivation bei vielen dieser "Umsteiger" in der Berufsschule äußerst niedrig. Dabei kommen sowohl Momente von partieller Leistungsunterforderung wie auch individuellem Bildungsversagen als Ursache in Frage.

Die folgende Tabelle zeigt die Verteilung der Schulbildung der Lehranfänger von 1973 bis 1994:

(5)

Schulbildung der Lehranfänger in Österreich

Jahr	VS	SOS	HS	PTL	HöS-n	FS	AHS	BFS	Sonstige	Gesamt
1973	3.633	999	18.230	20.574	1.654	993	1.434	1.257	2.467	51.241
In %	7,09	1,95	35,58	40,15	3,23	1,94	2,80	2,45	4,81	100,00
1978	400	1.301	19.312	29.254	2.850	1.659	2.212	2.214	4.501	63.703
In %	0,63	2,04	30,32	45,92	4,47	2,60	3,47	3,48	7,07	100,00
1983	74	784	13.993	27.126	2.942	3.267	1.764	3.054	3.778	56.782
In %	0,13	1,38	24,64	47,77	5,18	5,75	3,11	5,38	6,65	100,00
1988	31	538	10.503	20.099	1.914	4.181	1.880	4.141	3.996	47.283
In %	0,07	1,14	22,21	42,51	4,05	8,84	3,98	8,76	8,45	100,00
1989	30	611	10.027	19.440	1.720	5.150	2.141	4.161	2.944	46.224
In %	0,06	1,32	21,69	42,06	3,72	11,14	4,63	9,00	6,37	100,00
1990	53	620	9.150	19.660	1.609	4.364	2.675	4.181	3.155	45.487
In %	0,12	1,36	20,12	43,22	3,54	9,64	5,88	9,19	6,94	100,00
1991	80	584	8.907	18.400	1.581	3.551	2.474	3.871	3.774	43.222
In %	0,19	1,35	20,61	42,57	3,66	8,22	5,72	8,96	8,73	100,00
1992	109	568	8.904	16.876	1.643	4.054	2.505	3.821	2.999	41.479
In %	0,26	1,37	21,47	40,69	3,96	9,77	6,04	9,21	7,23	100,00
1993	90	539	8.918	16.486	1.304	4.055	2.371	3.381	3.836	40.982
In %	0,22	1,32	21,76	40,23	3,18	9,89	5,79	8,25	9,36	100,00
1994	63	473	8.820	16.290	1.414	4.324	2.041	3.898	3.374	40.697
In %	0,15	1,16	21,67	40,03	3,47	10,62	5,02	9,58	8,29	100,00
80 Lehnanfänger konnten keiner Schultype zugeordnet werden										

Quelle: Bundeskammer für Arbeiter und Angestellte 1995

d) Schulische Vorbildung männlicher und weiblicher Berufsschüler

Insgesamt gab es in Österreich im Jahr 1994 26.746 männliche und 13.951 weibliche Lehranfänger. Davon hatten rund 70% der männlichen und etwa 47% der weiblichen Schüler eine Hauptschule oder einen Polytechnischen Lehrgang absolviert. Der Anteil der Mädchen aus weiterführenden Vollzeitschulen ist mit ca. 53% fast doppelt so groß wie der der Burschen (rund 29%). Auch wenn man berücksichtigt, daß ein vermutlich beträchtlicher Teil jener weiblichen Lehranfänger, die aus weiterführenden Schulen kommen, eine Haushaltungsschule besuchten, gelangt man dennoch zu dem Schluß, daß die Schulbildung der Mädchen dem Niveau nach über dem der Burschen liegt.

Eine wichtige Ursache dafür ist in der Tatsache zu suchen, daß der Mädchenanteil an der Zahl der Lehrlinge insgesamt nach wie vor relativ gering ist und daß in vielen Fällen nur Mädchen mit besserer Schulbildung Zugang zu einer Lehrausbildung finden. Eine weitere Ursache dürfte in dem Umstand zu suchen sein, daß die besondere Lehrberufsstruktur bei Mädchen mit ihrem Schwerpunkt bei kaufmännischen Berufen diese Wirkung noch weiter verstärkt. Das vorliegende Datenmaterial zeigt auch, daß in den letzten Jahren diesbezüglich keine wesentlichen Änderungen erfolgt sind, sondern sich die genannten Tendenzen eher noch verstärkt haben.

Die folgende Tabelle zeigt die Veränderung der Schulbildung männlicher und weiblicher Berufsschüler von 1973 bis 1994:

(6)

Schulbildung männlicher Lehranfänger in Österreich

Jahr	VS	SOS	HS	PTL	HaSch	FS	AHS	BHS	Sonstige	Gesamt
1973	2.978	862	12.881	14.595	1.010	277	1.058	1.037	289	34.987
in %	8,51	2,46	36,82	41,72	2,89	0,79	3,02	2,96	0,83	100,00
1978	350	1.180	14.167	20.141	1.624	711	1.472	1.616	617	41.878
in %	0,84	2,82	33,83	48,09	3,88	1,70	3,51	3,86	1,47	100,00
1983	61	715	10.379	19.663	1.333	1.199	1.116	2.068	263	36.797
in %	0,17	1,94	28,21	53,44	3,62	3,26	3,03	5,62	0,71	100,00
1988	25	472	7.810	14.588	902	1.813	1.166	2.606	467	29.849
in %	0,08	1,58	26,17	48,87	3,02	6,07	3,91	8,73	1,56	100,00
1989	26	532	7.236	14.104	806	1.848	1.297	2.609	490	28.948
in %	0,09	1,84	25,00	48,72	2,78	6,38	4,48	9,01	1,69	100,00
1990	46	539	6.703	14.339	758	1.849	1.618	2.652	605	29.109
in %	0,16	1,85	23,03	49,26	2,60	6,35	5,56	9,11	2,08	100,00
1991	70	497	6.423	13.515	722	1.674	1.428	2.491	765	27.585
in %	0,25	1,80	23,28	48,99	2,62	6,07	5,18	9,03	2,77	100,00
1992	96	465	6.476	12.434	801	2.071	1.503	2.523	674	27.043
in %	0,35	1,72	23,95	45,98	2,96	7,66	5,56	9,33	2,49	100,00
1993	71	460	6.648	12.307	670	2.057	1.404	2.220	1.132	26.969
in %	0,26	1,71	24,65	45,63	2,48	7,63	5,21	8,23	4,20	100,00
1994	54	392	6.426	12.194	736	2.222	1.238	2.452	1.032	26.746
in %	0,20	1,47	24,03	45,59	2,75	8,31	4,63	9,17	3,86	100,00

Schulbildung weiblichen Lehranfänger in Österreich

Jahr	VS	SOS	HS	PTL	HaSch	FS	AHS	BHS	Sonstige	Gesamt
1973	655	137	5.349	5.979	644	716	376	220	2.178	16.254
in %	4,03	0,84	32,91	36,78	3,96	4,41	2,31	1,35	13,40	100,00
1978	50	121	5.145	9.113	1.226	945	740	598	3.884	21.825
in %	0,23	0,55	23,57	41,75	5,62	4,34	3,39	2,74	17,80	100,00
1983	13	69	3.614	7.463	1.609	2.068	648	986	3.515	19.985
in %	0,07	0,35	18,08	37,34	8,05	10,35	3,24	4,93	17,59	100,00
1988	6	66	2.693	5.511	1.012	2.368	714	1.535	3.529	17.434
in %	0,03	0,38	15,45	31,61	5,80	13,58	4,10	8,80	20,24	100,00
1989	4	79	2.791	5.336	914	3.302	844	1.552	2.454	17.276
in %	0,02	0,46	16,16	30,89	5,29	19,11	4,89	8,98	14,20	100,00
1990	7	81	2.447	5.321	851	2.535	1.057	1.529	2.924	16.752
in %	0,04	0,48	14,61	31,76	5,08	15,13	6,31	9,13	17,45	100,00
1991	10	87	2.484	4.885	859	1.877	1.046	1.380	3.008	15.636
in %	0,06	0,56	15,89	31,24	5,49	12,00	6,69	8,83	19,24	100,00
1992	13	103	2.428	4.442	842	1.983	1.002	1.298	2.325	14.436
in %	0,09	0,71	16,82	30,77	5,83	13,74	6,94	8,99	16,11	100,00
1993	19	79	2.268	4.178	634	1.998	967	1.159	2.711	14.013
in %	0,14	0,56	16,18	29,82	4,52	14,26	6,90	8,27	19,35	100,00
1994	9	81	2.394	4.096	678	2.102	803	1.446	2.342	13.951
in %	0,06	0,58	17,16	29,36	4,86	15,07	5,76	10,36	16,79	100,00

Quelle: Bundeskammer für Arbeiter und Angestellte 1995

e) Lehrpläne

1990 wurde durch Verordnung des Bundesministers für Unterricht, Kunst und Sport eine berufsbezogene Fremdsprache als Pflichtgegenstand in sämtliche Berufsschullehrpläne aufgenommen und die Berufsschulzeit geringfügig erweitert. Dieser Verordnung gingen lange Verhandlungen mit den Sozialpartnern voraus. Desgleichen wurde seit 1990 für alle neu erstellten Lehrpläne die Stundenzahl für die einzelnen Pflichtgegenstände fixiert, den Ländern aber die Aufteilung auf die Schulstufen überlassen.

Beginnend mit dem Schuljahr 1993/94 wurde auch der Pflichtgegenstand "Deutsch und Kommunikation" sukzessive in die Berufsschullehrpläne eingebaut.

Dieses für das duale System forcierte Bildungsziel der Förderung der sprachlichen Bildung für Lehrlinge erfuhr durch die Verordnung BGBl. Nr. 757/94 seine Fortsetzung. Im September 1994 war für über 70 % der Berufsschüler die Unterrichtszeit um 180 Stunden gegenüber den Grundlehrplan erhöht. Organisatorisch bedeuten diese 180 Stunden einen zweiten Schultag auf einem Semester der Gesamtlehrzeit.

Im Frühjahr 1995 kam es nach einem Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes zur Aufhebung einer Formulierung im § 6 des Schulorganisationsgesetzes und in der Folge zu einer Außerkraftsetzung zweier Berufsschullehrpläne. Die Lehrpläne für Maurer/Schalungsbauer bzw. für drei Elektroberufe wurden für ungültig erklärt, da laut Rechtssprechung des Verfassungsgerichtshofes der Pflichtgegenstand "Berufsbezogene Fremdsprache" durch den § 47 des Schulorganisationsgesetzes nicht gedeckt war.

In der Folge wurde mit Verordnung BGBl. Nr. 266/95 die bereits publizierte Verordnung BGBl. Nr. 757/94 aufgehoben.

Nach Behandlung eines Initiativantrages beschloß der Nationalrat eine Novelle zum Schulorganisationsgesetz mit den Stimmen aller Fraktionen und definierte damit die Unterrichtsfächer "Deutsch und Kommunikation" sowie "Berufsbezogene Fremdsprache" zu Pflichtgegenständen (BGBl. Nr. 435/95 vom 30. Juni 1995).

Der derzeit gültige § 47 des Schulorganisationsgesetzes lautet:

- (1) Im Lehrplan (§ 6) der Berufsschule sind als Pflichtgegenstände vorzusehen:
 - a) Religion (nach Maßgabe der Bestimmungen des Religionsunterrichtsgesetzes), Deutsch und Kommunikation, Berufsbezogene Fremdsprache, Politische Bildung
 - b) betriebswirtschaftliche und die für den betreffenden Lehrberuf erforderlichen theoretischen und praktischen Unterrichtsgegenstände.
- (2) An jenen Berufsschulen, an denen Religion nach den Bestimmungen des Religionsunterrichtsgesetzes nicht als Pflichtgegenstand gelehrt wird, ist Religion als Freigegegenstand vorzusehen.
- (3) In einem, zwei oder drei Pflichtgegenständen im Bereich des betriebswirtschaftlichen und fachtheoretischen Unterrichtes sind zwei Leistungsgruppen vorzusehen. Hievon hat eine Leistungsgruppe die zur Erfüllung der Aufgabe der Berufsschule notwendigen Erfordernisse und die andere ein erweitertes oder vertieftes Bildungsangebot zu vermitteln.
- (4) Ferner sind im Lehrplan Leibesübungen als unverbindliche Übungen und eine lebende Fremdsprache als Freigegegenstand vorzusehen.

Damit wurde dem Unterrichtsminister als Verordnungsgeber die Novellierung sämtlicher Berufsschullehrpläne übertragen, um die gemäß § 47 Abs. 1 definierten Pflichtgegenstände zu verankern. Um diese umfangreiche Arbeit - es gibt über 150 Lehrpläne - bewältigen zu können und den Ländern einen Einführungsspielraum zu geben, ist dem Gesetzesauftrag bis spätestens 1. September 1998, beginnend mit der 1. Klasse, Rechnung zu tragen.

Im Zuge der Verhandlungen zur Positionierung der sprachlichen Pflichtgegenstände wurde für die Berufsschullehrpläne eine Verteilung für die Stundenzahl mit den Sozialpartnern beraten. Die Wirtschaftskammer forderte eine flexiblere Gestaltung der Stundenaufteilung in diesen Gegenständen, die Kammer für Arbeiter und Angestellte stimmte dem nicht zu. Die Aufteilung für die Lehrpläne der gewerblichen Lehrberufe hat folgendes Aussehen:

Pflichtgegenstände	Stunden
Religion	
Politische Bildung	80
Deutsch und Kommunikation	120 - 40
Berufsbezogene Fremdsprache	40 - 120
Betriebswirtschaftlicher Unterricht	180
Wirtschaftskunde mit Schriftverkehr	
Rechnungswesen	

Die konkrete Fixierung der Stunden der sprachlichen Pflichtgegenstände "Deutsch und Kommunikation" bzw. "Berufsbezogene Fremdsprache" ist durch die Landesschulräte zu treffen. Dazu führt § 3 Abs. 1 der Lehrplanverordnung aus:

"Die Landesschulräte haben gemäß § 6 Abs. 1 des Schulorganisationsgesetzes in dem im § 1 genannten Lehrplänen vorgesehenen Rahmen durch zusätzliche Lehrplanbestimmungen das Stundenausmaß und den Lehrstoff der einzelnen Unterrichtsgegenstände auf die einzelnen Schulstufen aufzuteilen, soweit dies nicht bereits durch die Lehrpläne erfolgt. Bei den sprachlichen Pflichtgegenständen "Deutsch und Kommunikation" und "Berufsbezogene Fremdsprache" ist bei der Zuordnung des Stundenausmaßes die Vorbildung der Schüler zu berücksichtigen."

Als Beispiel für eine Studentafel des Lehrplanes eines gewerblichen Lehrberufes sei der Lehrplan Anlage A/1/1 (Maurer/Schalungsbauer) angeführt:

Gesamtstundenzahl: 3 Schulstufen zu insgesamt 1 260 Unterrichtsstunden (ohne Religionsunterricht), davon in der ersten, zweiten und dritten Klasse mindestens je 360 Unterrichtsstunden.

Pflichtgegenstände	Stunden
Religion 1)	2)
Politische Bildung	80
Deutsch und Kommunikation	120 - 40
Berufsbezogene Fremdsprache	40 - 120
Betriebswirtschaftlicher Unterricht	180
Wirtschaftskunde mit Schriftverkehr Rechnungswesen 3)	
Fachunterricht	
Bautechnik 3) 4)	240
Fachrechnen 3)	120
Fachzeichnen	200
Laboratoriumsübungen	40
Bautechnisches Praktikum	240
Gesamtstundenzahl (ohne Religionsunterricht)	1 260
Freigegegenstände	
Religion 1)	2)
Lebende Fremdsprache (als zweite Fremdsprache) 5)	
Bauökologie	40 - 120
Unverbindliche Übungen Leibesübungen 5)	
Förderunterricht 5)	

1) 2) Siehe Anlage A, Abschnitt II.

3) Dieser Pflichtgegenstand kann in Leistungsgruppen mit vertieftem Bildungsangebot geführt werden.

4) Bautechnik kann in folgende Unterrichtsgegenstände geteilt werden: Werkstoffkunde, Geräte- und Maschinenkunde, Spezielle Fachkunde.

5) Siehe Anlage A, Abschnitt III.

Die Verhandlungen zu den Lehrplänen "Einzelhandelskaufmann", "Waffen- und Munitionshändler" sowie "Großhandelskaufmann" brachten bezüglich der Gesamtstundendotierung kein Ergebnis. Während die Arbeitnehmervertretung auf den bereits im BGBl. Nr. 757/94 verordneten 1 260 Stunden beharrte, forderte die Arbeitgebervertretung 1 080 Stunden.

Erstmals seit 1976 - der Verordnung der Grundlehrpläne für Berufsschulen - wurde die Entscheidung über das Ausmaß der Gesamtstunden den Landesschulräten überlassen. Der § 2 der Lehrplanverordnung formuliert dazu:

"§ 2. Soweit in der Anlage für die Gesamtwochenstundenanzahl ein Rahmen festgelegt wurde, haben die Landesschulräte gemäß § 6 Abs. 1 des Schulorganisationsgesetzes in den im § 1 genannten Lehrplänen vorgesehenen Rahmen durch zusätzliche Lehrplanbestimmungen das Gesamtstundenausmaß festzulegen. Die Festlegung hat die Bedürfnisse der schulischen Ausbildung im Hinblick auf die betriebliche Ausbildung im betreffenden Bundesland sowie die wirtschaftliche Situation der Region zu beachten. Hiezu sind Stellungnahmen der Kammer für Arbeiter und Angestellte sowie der Wirtschaftskammer des Landes einzuholen."

Der Lehrplan A/9/1 (Einzelhandelskaufmann/Waffen- und Munitionshändler) hat folgende Studentätel:

Gesamtstundenzahl: 3 Schulstufen zu insgesamt 1 080 - 1 260 Unterrichtsstunden (ohne Religionsunterricht), davon in der ersten, zweiten und dritten Klasse mindestens je 360 Unterrichtsstunden.

Pflichtgegenstände	Stunden
Religion 1)	2)
Politische Bildung	80
Deutsch und Kommunikation	40
Berufsbezogene Fremdsprache 3)	120
Betriebswirtschaftlicher Unterricht	
Wirtschaftskunde mit Schriftverkehr 4)	200
Rechnungswesen 4) 5)	160 - 260
Computerunterstütztes Rechnungswesen	80
Fachunterricht	
Warenkunde	120 - 200
Textverarbeitung	80
Werbetechnik	120
Verkaufstechnik	80
Gesamtstundenzahl (ohne Religionsunterricht)	
1 080 - 1 260	
Freigegenstände	
Religion 1)	2)
Lebende Fremdsprache 6)	
Informatik	40 - 80
Unverbindliche Übungen	
Leibesübungen 6)	
Förderunterricht 6)	

1) 2) Siehe Anlage A, Abschnitt II.

3) Die Aufteilung der Stunden auf die drei Klassen hat mit 40 - 40 - 40 zu erfolgen.

4) Dieser Pflichtgegenstand kann in Leistungsgruppen mit vertieftem Bildungsangebot geführt werden.

5) Rechnungswesen kann in folgende Unterrichtsgegenstände geteilt werden: Kaufmännisches Rechnen, Buchführung.

6) Siehe Anlage A, Abschnitt III. "

Die Evaluation dieser an die Landesschulräte übertragenen Autonomie für die Gesamtstunden ergibt folgendes Bild: Lediglich der Stadtschulrat für Wien hat durch Kollegiumsentscheid die Gesamtstunden mit 1 260 Stunden fixiert. In Niederösterreich wurden 1 100 Gesamtstunden verordnet. In den restlichen Ländern wurde der Gesamtstundenrahmen mit 1 080 Stunden festgelegt.

Die Lehrer an Berufsschulen

In der Berufsschule unterscheidet man Lehrer der

- Fachgruppe I, die bei einer Lehrverpflichtung von 23 Wochenstunden den allgemeinbildenden und betriebswirtschaftlichen Unterricht abhalten.
- Fachgruppe II, die bei einer Lehrverpflichtung von 23 Wochenstunden den fachtheoretischen Unterricht (z.B. Fachkunde, Fachzeichnen) durchführen.
- Fachgruppe III, die im Rahmen einer Lehrverpflichtung von 24,25 Wochenstunden die fachpraktische Ausbildung in den Werkstätten vornehmen.

Lehrer der Fachgruppe I benötigen eine facheinschlägige Reifeprüfung (z.B. Handelsakademie) sowie zwei Jahre einschlägige Praxis in der Wirtschaft.

Lehrer der Fachgruppe II benötigen ebenfalls eine facheinschlägige Reifeprüfung (z.B. Höhere technische Lehranstalt) sowie zwei Jahre einschlägige Praxis in der Wirtschaft.

Beim Lehrer der Fachgruppe III werden die Meisterprüfung im jeweiligen Beruf und sechs Jahre einschlägige Praxis vorausgesetzt.

Die Diensthoheit der Lehrer an Berufsschulen haben die Länder, die die angehenden Pädagogen vorerst als Vertragslehrer einstellen.

Die Bezahlung der Berufsschullehrer wird zwischen Bund und Ländern je zur Hälfte getragen.

Derzeit gibt es in Österreich etwa 4.600 Lehrer an Berufsschulen.

Der Rückgang der Schülerzahlen an den Berufsschulen wirkt sich erstmals auf die Stellenpläne für die der Diensthoheit der Länder unterstehenden Lehrer aus. Die Anträge der Länder weisen für das Schuljahr 1995/96 in Summe einen Rückgang um 74 Planstellen auf.

Daß diese Reduktion nicht linear der Verminderung der Schülerzahlen entspricht, hat mehrere Ursachen:

- In einigen Ländern tritt zeitvershoben die Ausweitung der Berufsschulzeit erst jetzt in Kraft.
- Freiwerdende Schulräume können erst jetzt zum Realisieren der gesetzlich vorgeschriebenen Leistungsgruppen genützt werden.
- Durch die pädagogischen Hilfsmaßnahmen bei der Integration von Lehrlingen mit nichtdeutscher Muttersprache (Einsatz von Begleitlehrern) in der Berufsschule kam es kurzzeitig zum vermehrten Bedarf an Lehrerstunden.

Ab dem Schuljahr 1996/97 ist ein weiteres Sinken des Planstellenbedarfes an Berufsschulen zu erwarten.

Eine detaillierte Aufstellung über die Anzahl der Berufsschullehrer aus dem Schuljahr 1993/94 verteilt nach Bundesländern und Alter ist der folgenden Statistik zu entnehmen:

(7)

Lehrerinnen und Lehrer, Alter	Schul- erhalter	Ge- schlecht	Burgen- land	Kärnten	Nieder- österreich	Ober- österreich	Salzburg	Steier- mark	Tirol	Vorarl- berg	Wien	Öster- reich	
bis 30 Jahre	Ö	m	—	18	44	26	17	28	29	22	37	221	
		w	—	7	34	27	6	17	28	14	22	155	
		z	—	25	78	53	23	45	57	36	59	376	
	P	m	—	—	1	—	—	—	—	—	—	3	4
		w	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4	4
		z	—	—	1	—	—	—	—	—	—	7	8
	Ö+P	m	—	18	45	26	17	28	29	22	40	225	
		w	—	7	34	27	6	17	28	14	26	159	
		z	—	25	79	53	23	45	57	36	66	384	
31–40 Jahre	Ö	m	31	91	143	170	62	161	112	73	115	958	
		w	11	29	71	80	31	54	39	29	67	411	
		z	42	120	214	250	93	215	151	102	182	1.369	
	P	m	—	—	3	—	—	—	—	—	—	3	6
		w	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4	4
		z	—	—	3	—	—	—	—	—	—	7	10
	Ö+P	m	31	91	146	170	62	161	112	73	118	964	
		w	11	29	71	80	31	54	39	29	71	415	
		z	42	120	217	250	93	215	151	102	189	1.379	
41–50 Jahre	Ö	m	49	118	193	236	93	188	127	67	223	1.294	
		w	12	19	57	59	32	57	29	13	110	388	
		z	61	137	250	295	125	245	156	80	333	1.682	
	P	m	—	—	2	—	—	—	—	—	—	2	4
		w	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5	5
		z	—	—	2	—	—	—	—	—	—	7	9
	Ö+P	m	49	118	195	236	93	188	127	67	225	1.298	
		w	12	19	57	59	32	57	29	13	115	393	
		z	61	137	252	295	125	245	156	80	340	1.691	
51–60 Jahre	Ö	m	32	79	156	154	50	135	100	40	142	888	
		w	4	16	23	31	12	27	9	5	52	181	
		z	36	97	179	185	62	162	109	45	194	1.069	
	P	m	—	—	3	—	—	—	—	—	—	3	6
		w	—	—	—	—	—	—	—	—	—	6	6
		z	—	—	3	—	—	—	—	—	—	9	12
	Ö+P	m	32	79	159	154	50	135	100	40	145	894	
		w	4	18	23	31	12	27	9	5	58	187	
		z	36	97	182	185	62	162	109	45	203	1.081	
über 60 Jahre	Ö	m	3	4	9	7	3	9	7	7	4	53	
		w	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5	5
		z	3	4	9	7	3	9	7	7	9	58	
	P	m	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	2
		w	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
		z	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	2
	Ö+P	m	3	4	9	7	3	9	7	7	6	55	
		w	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5	5
		z	3	4	9	7	3	9	7	7	11	60	
zusammen	Ö	m	115	310	545	593	225	521	375	209	521	3.414	
		w	27	73	185	197	81	155	105	61	256	1.140	
		z	142	383	730	790	306	676	480	270	777	4.554	
	P	m	—	—	9	—	—	—	—	—	—	13	22
		w	—	—	—	—	—	—	—	—	—	19	19
		z	—	—	9	—	—	—	—	—	—	32	41
	Ö+P	m	115	310	554	593	225	521	375	209	534	3.436	
		w	27	73	185	197	81	155	105	61	275	1.159	
		z	142	383	739	790	306	676	480	270	809	4.595	

Quelle: Österreichische Schulstatistik des BMUKA 1995

Durchlässigkeit und Höherqualifikation in der Berufsschule

Bei der Analyse der historischen Entwicklung der Berufsschule zeigt sich ein auffallender Dreischritt:

Schwerpunkt Fachunterricht

Bis zum Ende der 80iger Jahre war es vornehmlich ein Anliegen, die betriebliche Ausbildung in der Berufsschule im Gleichschritt zu begleiten und ein fachliches "Tandem" zu schaffen.

Dies war bereits durch den § 46 des Schulorganisationsgesetzes 1962 auch ein rechtlicher Auftrag:

"Die gewerbliche und kaufmännische Berufsschule hat die Aufgabe, die Ausbildung der in einem gewerblichen (einschließlich kaufmännischen) Lehrverhältnis oder in einem aufgrund gesetzlicher Vorschriften diesem gleichzuhaltenden Ausbildungsverhältnis stehenden Person durch einen berufsbegleitenden fachlich einschlägigen Unterricht zu ergänzen und zu fördern".

Diese gezielte Fachorientierung in den Berufsschulen machte sich bei Schulbauten und Schulausstattungen bemerkbar. Es ist den Ländern als Schulerhalter zu danken, daß in dieser Zeit Berufsschulen mit modernsten Labors und Werkstätten ausgestattet wurden. Das Motto lautete: Jedem Lehrberuf seine Berufsschule. Die enorme Bautätigkeit und Investitionen brachten es nach sich, daß Österreich in den Berufsschulen europaweit Spitzenausbildungsplätze besitzt.

Die Lehrlingszahlen lagen damals bei 200.000, die Schulanzahl bei 220. Es gab kein Bundesland, das nicht den Ehrgeiz hatte, seine Lehrlinge in eigenen Berufsschulen auszubilden.

Der § 49 des Schulorganisationsgesetz 1962 sah einen vollen Unterrichtstag pro Woche oder einen Lehrgang von 8 Wochen pro Schulstufe vor.

Bereits im Jahre 1965 wurde in einer Novelle zum Schulorganisationsgesetz durch die Aufnahme des Wörtchens "mindestens" angedeutet, daß die im Gesetz vorgeschriebene Zeit eine Untergrenze darstellt.

S c h w e r p u n k t A l l g e m e i n b i l d u n g

Die weitere Entwicklung war geprägt von einem Überdenken der rein fachlichen Aufgabe der Berufsschule und dem Bestreben, die Berufsschule in das Bildungssystem zu integrieren. Diese Realisierung der Durchlässigkeit erforderte mehr als den Fachunterricht.

Die Folge dieser Bestrebungen brachte die 5. Schulorganisationsgesetznovelle im Jahre 1975, mit der die Aufgabe der Berufsschule neu formuliert wurde:

"Die Berufsschule hat die Aufgabe, in einem berufsbegleitenden fachlich einschlägigen Unterricht den berufsschulpflichtigen Personen die grundlegenden theoretischen Kenntnisse zu vermitteln, ihre betriebliche Ausbildung zu fördern und zu ergänzen sowie ihre Allgemeinbildung zu erweitern."

Um den Begriff Allgemeinbildung gab es in den 80iger Jahren viele Diskussionen und auch Publikationen (BARGIL, M. et al. 1982, DUFFEK, H. 1978). Es war klar geworden, daß die Ausbildung im dualen System, die vornehmlich auf den Fachunterricht konzentriert war, eine Distanz zu den weiterführenden Bildungsgängen darstellte. Der Begriff vom "Lehrlingssystem als Sackgasse" beherrschte die bildungspolitische Diskussion.

Im Jahre 1990 begann die zweite Entwicklungsstufe der Berufsschulen. Mit der Verordnung BGBl. Nr. 555/90 wurde der Pflichtgegenstand "Berufsbezogene Fremdsprache" eingeführt. Die Internationalisierung der Wirtschaft, verbunden mit den Bestrebungen Österreichs, die Mitgliedschaft in der EU zu erlangen, verlangte ein Umdenken für die Ausbildung der Facharbeiter. Viele der Reparatur- und Montageanleitungen waren nur über Kenntnisse in Englisch verarbeitbar, der freie Markt der Facharbeiter, aber auch das Forcieren einer zweiten lebenden Fremdsprache für alle

Schüler Österreichs machten es unabdingbar, auch den Schülern im dualen System mehr Schlüsselqualifikationen über den Fachunterricht hinaus zu vermitteln. Die Einführung der Fremdsprache verhinderte vor allem die Abkoppelung der Lehrlingsausbildung zu den übrigen Bildungsgängen.

1993 wurde auch der Gegenstand "Deutsch und Kommunikation" einzeln in die Berufsschullehrpläne integriert.

Mit der Novelle zum Schulorganisationsgesetz im Juni 1995, mit der die sprachlichen Gegenstände für Lehrlinge verpflichtend wurden, ist ein neuer "Qualitätssprung" in der Berufsschule vollzogen worden. Die Distanz zu den allgemeinbildenden Lehrinhalten der BMHS hat sich damit weiter verringert. Die Möglichkeit, die Berufsschule in die Organisation weiterführender Bildung zu integrieren wird zur Zeit vorangetrieben.

S c h w e r p u n k t Z u s a t z q u a l i f i k a t i o n

Nach dem hohen Engagement bei der fachlichen Ausstattung der Berufsschulen und der Etablierung der Allgemeinbildung in die Berufsschullehrpläne ist nun der dritte Schritt der Entwicklung möglich. Die Berufsschule kann, ja muß in ihren Bildungsangeboten weiter und höher werden.

Mit der 16. Novelle zum Schulorganisationsgesetz wurde 1994 die Berufsschule aus ihrer Fixierung als Pflichtschule mit niedrigstem Bildungsniveau genommen und gleich mit den höheren Schulen gestellt. Der § 3 Schulorganisationsgesetz lautet nun:

"(3) Primarschulen sind

1. die Volksschule bis einschließlich der 4. Schulstufe,
2. die entsprechenden Stufen der Sonderschule.

(4) Sekundarschulen sind

1. die Oberstufe der Volksschule,
2. die Hauptschule,
3. der Polytechnische Lehrgang,

4. die entsprechenden Stufen der Sonderschule,
5. die Berufsschulen,
6. die mittleren Schulen,
7. die höheren Schulen.

(5) Akademien sind

1. die Akademie für Sozialarbeit,
2. die Pädagogische und die Berufspädagogische Akademie,
3. das Pädagogische Institut.

(6) Pflichtschulen sind

1. die allgemeinbildenden Pflichtschulen (Volksschulen, Hauptschulen, Sonderschulen, Polytechnische Lehrgänge),
2. die berufsbildenden Pflichtschulen (Berufsschulen)."

Die Umgruppierung hat nun keine wesentliche Änderung des Aufgabenbereiches der Berufsschule gebracht, wurde aber jedenfalls als Signal für Pilotversuche genützt.

Etliche Schulversuche weisen auf diesen Trend längst hin und zeigen auf, welche Ressourcen die Berufsschule tatsächlich hat:

- In Vorarlberg haben 1995 erstmals ehemalige Lehrlinge maturiert, die einen Vorbereitungslehrgang an der Berufsschule Bludenz absolviert haben.
- In Wien absolvieren Lehrlinge zusätzlich zu ihrer Lehre einen "Lehrgang für Qualitätssicherung" in der Berufsschule für Fertigungstechnik.
- In der Elektro-Berufsschule in Wien erhalten Lehrlinge neben ihrer Lehre eine Ausbildung in Fotovoltaik, deren Anlage sie selbst im Unterricht gebaut haben.
- In Arnfels/Stmk. wird in Kfz-Klassen die berufliche Vorbildung, die Schüler auf der 9. Schulstufe erworben haben, in der Berufsschule genützt, um zu mehr beruflichen Berechtigungen zugelingen.

Die Aufzählung ist unvollständig. Die Pilotversuche zeigen jedenfalls, daß die Raum-, Lehrer- und Wissensressourcen, die - auch durch den Schülerrückgang bedingt - in der Berufsschule frei wurden, nutzbar gemacht werden können. Obwohl die Initiativen und Maßnahmen der Länder uneinheitlich und different sind, gehen sie in die richtige Richtung.

Als bildungspolitische Ziele für die nächste Zukunft lassen sich deutlich ableiten:

Die Berufsschule sollte über ihre ureigenste Aufgaben hinaus weiterführende Bildung anbieten können. Sowohl die neuen Bildungsinhalte wie auch die entlastete Infrastruktur der Schulen lassen dies zu. Die Berufsschule soll nicht nur auf Pflichten reduziert werden, sondern die Rechte auf Nutzung ihrer Kapazitäten haben.

Die Realisierung der Berufsreifeprüfung, der Kombinationskonzepte zwischen Polytechnischer Lehrgang und Berufsschule, der Modelle zur Ausbildung Jugendlicher ohne Lehrvertrag sind als nächster Schritt in der Entwicklung der Berufsschule möglich und notwendig geworden. Die Option für ein Hochschulstudium über den Weg der Berufsausbildung ist sicher der entscheidende Beitrag zur Hebung der Attraktivität der Lehre.

Ein Konzept einer Berufsreifeprüfung für Lehrabsolventen bzw. Abgänger mittlerer berufsbildender Schulen hat nach langen Beratungen Kontur angenommen. Der Grundgedanke geht davon aus, die Ausbildung in einem Beruf gleichrangig mit der sogenannten Allgemeinbildung zu stellen. Das fachliche Wissen in einem Beruf ist genausoviel wert wie das Wissen in z.B. Geschichte oder Geographie. Was Lehrabsolventen gegenüber anderen Schülern mit Reifeprüfung fehlt, sind Inhalte aus Deutsch, Fremdsprache und Mathematik.

Das Konzept - erarbeitet von Experten der Sozialpartner, des Wissenschaftsministeriums und Unterrichtsressorts - ergänzt die beiden bestehenden Reifeprüfungen der AHS und BHS um die Berufsreifeprüfung, die über das duale System bzw. nach Abschluß einer mittleren berufsbildenden Schule erreicht werden soll. Diese Forderung der Gleichwertigkeit der beruflichen und allgemeinen Bildung ist auch in der BRD Diskussionsthema geworden.

Das in der Bundesrepublik Deutschland mit Beauftragten der Arbeitgeberorganisationen, der Gewerkschaften, des Bundes und der Länder besetzte Gremium hat sich ebenfalls in seiner Sitzung im November 1995 mit dem Thema "Herstellung von Gleichwertigkeit der beruflichen Bildung durch Schaffung eines eigenständigen und gleichwertigen Berufsbildungssystems/Berufliche Weiterbildung und Hochschulzugang" befaßt und eine Entscheidung verabschiedet, einheitliche Zugangswege in die Hochschule für Berufstätige zu schaffen und Zugangsbarrieren abzubauen.

Da die Berufsreifeprüfung neben die AHS- bzw. BHS-Matura treten soll, wäre sie die dritte Normalform einer österreichischen Maturität und in der Berechtigung gleichwertig den beiden anderen genannten Maturaformen.

Die Regierungsparteien haben in der Koalitionsvereinbarung beim Kapitel Bildung, Forschung und Kultur die Realisierung der Berufsmatura für Absolventen der dualen Ausbildung aufgenommen.

Facharbeiterbedarf und Schülerrückgang

Die im letzten Bericht 1993 veröffentlichten Trends der Entwicklung der Lehrlingszahlen haben sich voll bestätigt. Die Dynamik hat sich beschleunigt. Vermutete das Österreichische Institut für Berufsbildungsforschung (ÖIBF) aufgrund der damaligen Prognosewerte den Tiefststand der Entwicklung für 1997 bei ca. 40.000 Lehrabsolventen, so mußte diese Angabe mittlerweile auf rund 33.000 korrigiert werden (ÖIBF 1994). Die sinkenden Schülerzahlen im dualen System sind nicht mehr allein demographisch erklärbar. Sie sind eine Folge geänderter Bildungsentscheidungen von Jugendlichen und des Strukturwandels der Berufswelt.

So hat sich der Qualifikationsstand der 20jährigen Wohnbevölkerung in den Jahren zwischen 1971 und 1991 deutlich verbessert. Dies betraf insbesondere den Bereich der Sekundarstufe II. Die Zahl der Jugendlichen deren höchster Schulabschluß die Pflichtschule ist, hat sich um 17 % reduziert. Mit dieser Entwicklung korrespondiert die Zunahme der Abschlüsse im höheren Schulwesen. Deutlich an Bedeutung verliert der Bereich des mittleren Schulwesens und der Berufsschule.

(8)

20jährige Wohnbevölkerung nach höchstem Bildungsstand

Jahr	AHS	BHS	BMS	Lehre	APS	Gesamt
1971	9776	2357	8297	36772	42806	100008
1981	14401	8964	18356	50336	36301	128358
1991	16674	12174	13453	45299	30102	117702
% 1971	9,8	2,4	8,3	36,8	42,8	100,0
% 1981	11,2	7,0	14,3	39,2	28,3	100,0
% 1991	14,2	10,3	11,4	38,5	25,6	100,0

Quelle: Österreichisches Statistisches Zentralamt

Der Trend zur höheren Schulbildung geht ganz eindeutig zu Lasten der dualen Ausbildung. Der Anteil der Berufsschüler, gemessen an der Gesamtzahl der Schüler der Sekundarstufe II, nimmt ständig ab.

Besonders deutlich wird dies in einer Sonderauswertung von Mikrozensusdaten im Rahmen einer Studie des Institutes für Höhere Studien aus dem Jahr 1994 (FRAJI, A. LASSNIG, L. 1994). Demzufolge ergeben sich deutlich geringere Werte als bisher angenommen bezüglich der Berufsschüleranteile an der Zahl der Gleichaltrigen. Lag dieser Anteil 1982 bei den 17- bis 18jährigen bei 43,2 %, so liegt der entsprechende Wert für 1992 nur mehr bei 40,7%.

(9)

Anteile der Schüler/Lehrlinge am Altersjahrgang 1982 und 1992

Alterskohorte	Schüler	Lehr-	
		linge	J.o.B.
15-16jährige	75.2	19.3	5.5
16-17jährige	46.9	39.6	13.5
17-18jährige	39.6	43.2	17.2

Alterskohorte	Schüler	Lehr-	
		linge	J.o.B.
15-16jährige	78.7	16.1	5.2
16-17jährige	53.8	35.3	10.9
17-18jährige	45.0	40.7	14.3

Quelle: Österreichisches Statistisches Zentralamt

Die Zahl von Berufsschülern mit nichtdeutscher Muttersprache hat insbesondere in Wien und Vorarlberg zugenommen. Die sinkende Bereitschaft der Betriebe zur Lehrlingsausbildung führt zu einem Gesamtrückgang der Lehrlingszahlen. Auf der Grundlage der Mikrozensusdaten ist in den nächsten Jahren eine weitere Reduktion der Relativanteile von Lehrlingen an der Gesamtzahl der 15- bis 19jährigen zu erwarten.

Anders interpretiert das Institut für Bildungsforschung der Wirtschaft (ibw) das Zahlenmaterial in seinen Publikationen. Die Hauptursache für die rückläufige Lehrlingszahl wird vorwiegend

in der demographischen Entwicklung gesehen. Die Zahl der Lehranfänger im Zeitraum 1984 bis 1994 sei zwar von 54.189 auf 39.700 gesunken, gemessen aber an den entsprechenden Geburtsjahrgängen habe sich der Lehrlingsanteil sogar von 44,7 % auf 46 % verbessert.

Stark zurückgegangen sind die betrieblichen Ausbildungsplätze. Wurden 1984 noch in 54.940 Betrieben Lehrlinge geschult, gab es 1995 österreichweit 40.359 Lehrbetriebe. Dementsprechend stand Ende Dezember 1995 3677 Lehrstellensuchenden (+ 17,2 %) insgesamt nur 3291 offene Lehrstellen (-33,7 %) gegenüber. Besonders problematisch war die Situation in Wien, wo sich 573 Lehrstellensuchende um 113 offene Lehrstellen konkurrierten (Pressekonferenz der Österreichischen Wirtschaftskammer vom 29.1.1996).

Die Berufsschule ist von dieser Entwicklung stark betroffen, da sinkende Schülerzahlen den gesamten Bereich der Lehrerbeschäftigung und Schulerhaltung beeinflussen. Der Rückgang der Lehrlinge stellt zunehmend mehr die Aufnahme, Ausbildung und Pragmatisierung der Lehrer in Frage und hat eine Bremswirkung auf Investitionen im Schulbau und der Werkstätteneinrichtungen.

Die Einschätzung vieler Österreicher, einem Lehrberuf nur einen geringen sozialen Status zuzuordnen, spiegelt sich auch in einer Studie des Fessel & GfK Institutes wider, nach der nur rund 23 % der befragten Personen einen Lehrabschluß als "angesehen" einstufen ("Salzburger Nachrichten" vom 30.1.1996).

Nach einem Bericht des Institutes für Höhere Studien in Wien (PICHELMANN, K. 1996) zeigen wissenschaftliche Untersuchungen, daß Humanpotential langfristig die wichtigste Determinante von Wirtschaftswachstum, Wohlstand und Beschäftigungsniveau darstellt. Eine Analyse der Ausbildungsstruktur von Arbeitslosen

zeigt, daß fast die Hälfte dieses Personenkreises keine Berufsausbildung hat. Aber auch der Anteil derer, die eine Lehre abgeschlossen haben und später arbeitslos werden, hat in den letzten Jahren drastisch zugenommen. Dies legt die Vermutung nahe, daß auch die Lehre keine lebenslang gültige Ausbildung mehr vermitteln kann.

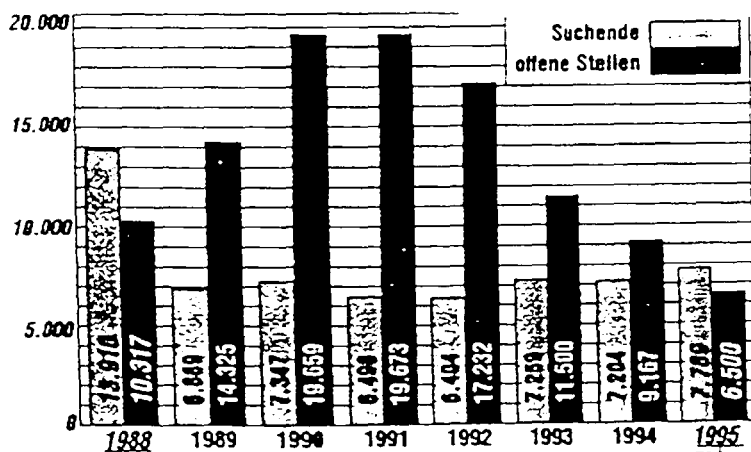
Sieht man sich die Liste der am meisten erlernten Lehrberufe an, so ist anzunehmen, daß viele Jugendliche nicht in ihren erlernten Berufen verbleiben können.

Schon die Drop-out-Rate im dualen System legt nahe, daß bei einigen Lehrberufen der Grad der vermittelten Spezialisierung zur Diskussion gestellt werden muß. Aufgrund der vielfach fehlenden Mobilität und Flexibilität nimmt dann die Gefahr der Arbeitslosigkeit zu.

Die Analyse der sich wandelnden Bildungslandschaft und des Facharbeiterbedarfs erklärt das im Berichtszeitraum auftretende Problem des Lehrstellenmangels. Erstmals seit dem Jahr 1988 kam es 1995 wieder zu einem Mißverhältnis zwischen Lehrstellensuchenden und offenen Lehrstellen.

(10)

Lehrstellensuchende und offene Lehrstellen



Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales

Das Branchenangebot entspricht nicht immer den Berufswünschen der Suchenden. Die Nachfrage sinkt offenbar stärker als das

ebenfalls rückläufige Angebot. Die eingeschränkte Ausbildungsbereitschaft wird oftmals mit den hohen Ausbildungskosten in der Industrie (Qualitätsstandards, Infrastruktur, Innovationen) erklärt. Nach Meinung der Vereinigung Österreichischer Industrieller rechnet sich die Ausbildung nur, wenn der Lehrling mindestens 5 - 7 Jahre nach Lehrabschluß im Betrieb verbleibt. Im Unterschied zu früheren Jahren bilden weite Bereiche der Industrie daher nur mehr für den Eigenbedarf aus (BAUER, F. et al. 1996).

Die Situation in den einzelnen Bundesländern ist äußerst unterschiedlich, der generelle Trend eines Rückganges der Lehrstellen ist aber deutlich ausgeprägt. So ist in Niederösterreich die Zahl der Lehrlinge um 2,7 % gesunken und die Zahl der Lehrbetriebe um 2,8 % zurückgegangen. Laut Auskunft des Arbeitsmarktservices liegt Tirol mit einem Rückgang der offenen Stellen um mehr als 50 % gegenüber dem Vorjahr weit über dem Bundesdurchschnitt (30,9 %). Spitzenreiter ist dabei die Baubranche mit 77 % Rückgang, gefolgt vom Metall- und Elektrobereich mit 64 % und dem Tourismus mit 36,5 %. Auch um die knapp 600 Wiener Schulabgänger aus dem Jahr 1995, die nach wie vor eine Lehrstelle suchen, ist eine politische Kontroverse entbrannt, die oftmals in einer generellen In-Fragestellung des gesamten dualen Ausbildungssystems gipfelt. Wie im Rahmen der "Steirischen Lehrlingsenquete" vom Februar 1996 berichtet wurde, zeigt die Lehrlingsbilanz im Einzelhandel mit einem Minus von 40,5 %, aber auch im Bereich der Industriebetriebe (Minus 35,1 %) und der Gastronomie- sowie Tourismusberufe mit einem Minus von 26 % ein deutliches Bild auf ("Kleine Zeitung" vom 8.2.1996).

Die Bundesrepublik Deutschland ist mit ähnlichen Entwicklungen konfrontiert. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung berichtete im Oktober 1995, daß nur etwa 1/3 aller Betriebe überhaupt noch Lehrlinge beschäftigt. Vor allem bei Großunternehmen sei die Ausbildungsbereitschaft in den letzten Jahren gesunken.

Eine Übersicht über die wichtigsten Gründe für das verringerte Lehrlingsangebot in der Industrie liefert eine Umfrage der VÖI:

(11)

Gründe für die Reduktion der Lehrlingsausbildung in der Industrie

- Ausbildung nur mehr für Eigenbedarf ..	72%
- Kosten der Berufsausbildung	41%
- in nächsten 35 Jahren weniger Fachkräftebedarf	33%
- dzt. genug junge Fachkräfte, daher kein ABbedarf	32%
- kein Bedarf mehr an Lehrabsolv. im techn. Bereich	18%
- Substitution durch HAK/HAS-Absolventen	68%
- Substitution durch HTL-Absolventen	10%
- Substitution durch FS-Absolventen	9%
- Mangel an geeigneten Bewerbern	42%
- Überreglementierung/Bürokratisierung der BA	37%
- unflexible, zu lange Berufsschulzeit	34%

Quelle: Vereinigung Österreichischer Industrieller

Wie ersichtlich liegen die Hauptgründe der Reduktion im zunehmenden Kostendruck, im geringen Fachkräftebedarf und den bürokratischen Hemnissen der Berufsausbildung. Die oft zitierte lange Berufsschulzeit kann nicht als Hauptgrund des Rückzuges gesehen werden.

Verschärft wird die Situation insbesondere im kaufmännischen Bereich durch die hohe Substitutionsrate von Abgängern der Handelsakademien. Der Verdrängungswettbewerb wird sich vermutlich nach unten fortsetzen: Künftig werden Fachkräfte in vielen Bereichen an- und ungelernete Arbeit ersetzen. Auf Sicht wird dieser "Strukturwandel" nicht die Facharbeit ersetzen, wohl aber geänderte Qualifikationserfordernisse an die zukünftigen Fachkräfte stellen.

Zu ähnlichen Ergebnissen kommt eine Studie des ibw. Dort wird die hohe Fluktuationsrate ausgebildeter Lehrlinge als Hauptgrund

für die Einschränkung der Lehrlingsausbildung angegeben. Auch die Abwanderungsrate von in der Privatwirtschaft ausgebildeten Lehrabsolventen in Richtung öffentlicher Dienst wird vom ibw als "Störfaktor" ausgemacht. Laut Berufsausbildungsbericht 1993 bildet der öffentliche Bereich nur 2,8 % der Lehrlinge aus, aber 22,8 % der dort Beschäftigten verfügen über eine abgeschlossene Lehre.

Schlußendlich darf als einflußnehmender Faktor das gesamte gesellschaftliche, ökonomische, sozial- und wirtschaftspolitische Umfeld der dualen Ausbildung nicht ignoriert werden. In allen Ländern mit dualen Systemen oder zumindest ähnlichen Konzepten deutet vieles darauf hin, daß die Wachstumsphase der Wirtschaft mit scheinbar unerschöpfbaren Arbeitsplatzressourcen sich abflacht. Es scheint so, daß weder der freie Markt noch der öffentliche Sektor in der Lage sind, genügend Arbeitsplätze zu schaffen, geschweige denn, Arbeitslosigkeit zu verhindern.

Laut einer ÖIBF-Publikation (HOFSTÄTTER, M. 1995) betrug die Zahl der Arbeitsplätze für unselbständig Beschäftigte im Jahr 1970 rund 2,39 Mio. Im Jahr 1994 waren es 3,07 Mio. Sowohl die Erwerbsquote der österreichischen Bevölkerung wie die Zahl der Arbeitslosen ist beständig gestiegen.

Sowohl ÖIBF als auch ibw kommen hier zu gleichen Schlüssen. Viele neue Jobs entstehen in den Dienstleistungsberufen. Es ist davon auszugehen, daß bis zum Jahr 2010 der Fachkräftebedarf vor allem im technischen Bereich weiter ansteigen wird. Arbeit wird massiv umgeschichtet. Der traditionelle Industriebereich geht zurück, die qualifizierten Dienstleistungen nehmen zu. Vorsichtig rechnet man im informationsbezogenen Dienstleistungssektor in den nächsten fünf Jahren mit etwa einem Drittel mehr Beschäftigten. Für folgende Bereiche geht man von einem Beschäftigungsplus aus:

- Energie/Verkehr
- Information/Telekommunikation
- Biotechnologie
- Audiovision

- Gesundheit
- Kultur/Freizeit/Tourismus
- Umweltschutz
- Bildung - Weiterbildung
- Unternehmensberatende Dienstleistungen

Wie sich die einzelnen Berufsgruppen strukturell verändern werden, ist nicht vorhersehbar. Sicher wird es auf berufliche Flexibilität, ein breites berufliches Einsatzspektrum, soziale Mobilität und Bereitschaft zu lebenslangem Lernen ankommen. Der Qualifizierungsdruck, auch unter den Bedingungen des europäischen Marktes, scheint weiter zuzunehmen. Sicher scheint auch, daß besonders gering qualifizierte Personen vor großen beruflichen Integrationshemmnissen stehen werden. Zu den rein fachlichen Ausbildungen werden neue Qualifikationsmuster notwendig werden, die soziale Kompetenz im Vordergrund sehen.

Welchen Stellenwert die duale Ausbildung weiter haben wird, ist schwer abzuschätzen. Sie hat sich als Institution der Ausbildung, als beschäftigungspolitisches Instrumentarium und als soziales Integrationsmoment bewährt. Nach wie vor beneiden uns all jene Länder um die duale Lehrlingsausbildung, die diese nicht haben.

Die zukünftigen Konzepte im dualen System werden aber an einem Überdenken der starren Rahmenbedingungen und einem Suchen neuer Kombinationen und Kooperationen nicht vorbeikommen.

Beteiligung von Berufsschülern an LEONARDO DA VINCI

Gegenüber dem letzten Bereichszeitraum 1991 bis 1993 haben sich die aktuellen Problemstellungen nach dem Beitritt Österreichs zur EU wenig geändert, wohl aber die zur Verfügung stehenden Programme zur multilateralen Zusammenarbeit. Aufgrund immer wieder vorgebrachter Kritik an der Unübersichtlichkeit und thematischen Überlagerung bestehender Bildungsprogramme wurden von der Kommission bereits Ende 1993 "Leitlinien für die Gemeinschaftsaktion im Bereich allgemeine und berufliche Bildung" veröffentlicht.

Dieser mit 21. Dezember 1993 datierte Kommissionsvorschlag sieht eine Umstrukturierung der berufsbildenden Programme insofern vor, als die einzelnen Teile in ein übergeordnetes Gesamtprogramm münden sollte. Konkret handelte es sich dabei um die Programme PETRA, COMETT, FORCE, EUROTECNET, IRIS und LINGUA.

Am 6. Dezember 1994 wurde in Brüssel mit Beschluß des Rates das LEONARDO-Programm beschlossen, ein "Aktionsprogramm zur Durchführung einer gemeinschaftlichen Berufsbildungspolitik".

Die im LEONARDO-Programm vorgesehenen Gemeinschaftsmaßnahmen sind in vier Teilbereiche untergliedert:

Teilbereich I

Unterstützung bei der Verbesserung der Berufsbildungssysteme und -maßnahmen in den Mitgliedsstaaten.

Teilbereich II

Verbesserung der Berufsbildungsmaßnahmen für Unternehmen und Arbeitnehmer

Teilbereich III

Aufbau von Sprachkenntnissen, Kenntnissen im Bereich der Berufsbildung sowie der Verbreitung von Innovationen im Bereich der beruflichen Bildung

Teilbereich IV

Flankierende Maßnahmen. Diese betreffen die strukturelle Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedsstaaten, Information, Begleitung und Bewertung des Programms.

Von großer Bedeutung für Antragsteller zum LEONARDO-Programm sind die in der Anlage des Ratsbeschlusses angekündigten Prioritäten, die die Ergebnisse des europäischen Rates vom Dezember 1994 in Essen im Bereich der beruflichen Bildung widerspiegeln. Von besonderem Interesse sind dabei die österreichischen Auflagen. Um die Qualität und die Innovationskapazität des österreichischen Berufsbildungssystems und der Berufsbildungsmaßnahmen zu unterstützen und um die auf gemeinschaftlicher Ebene festgelegten Prioritäten zu vervollständigen, wurden für die Ausschreibung 1995 folgende nationale Prioritäten festgelegt:

1. Anpassung der Methoden und Inhalte der beruflichen Erstausbildung an die technologische Entwicklung, an Veränderungen in der Arbeitsorganisation und an gesellschaftliche und ökologische Veränderungen.
2. Verstärkung der besonderen Methoden und Inhalte für auf dem Arbeitsmarkt benachteiligte Personengruppen unter Berücksichtigung der Förderung der Chancengleichheit und regionaler Aspekte.
3. Die Entwicklung der Qualität und Attraktivität hinsichtlich des Angebotes in der Berufsbildung.

Das Gesamtprogramm LEONARDO DA VINCI gilt für den Zeitraum 1.1.1995 bis 31.12.1999 und umfaßt einen geforderten Ausgabenrahmen von 801,8 MECU (238,7 für Teil I, 388,2 für Teil II und 174,9 für Teil III), wovon für das Jahr 1995 137,3 MECU vorgesehen wurden.

Die maximal gewährte finanzielle Unterstützung beträgt 100.000 ECU pro Jahr für die Dauer von drei Jahren bei transnationalen Projekten. Es handelt sich dabei immer um Kostenzuschüsse.

Die optimistischen Erwartungen hinsichtlich der quantitativen Nutzung von LEONARDO sind für Österreich tatsächlich eingetroffen. Allerdings zeigt ein Vergleich auf europäischer Ebene, daß Österreich bisher durchaus mit den renommierten Mitgliedsstaaten mithalten kann.

Österreichische Projektträger (berufsbildende Schulen, Schulverwaltungsbehörden, Universitäten, Fachhochschulen und Weiterbildungsinstitutionen, Betriebe und Sozialpartner) haben in koordinierender Funktion insgesamt 129 Projektanträge eingereicht und sind als Projektpartner an ca. 300 Anträge beteiligt.

Ein Großteil der Vermittlungs- und Austauschprogramme für Jugendliche in der beruflichen Erstausbildung wurde bereits gestartet. Damit können 366 Jugendliche (174 Lehrlinge) einen Berufsbildungsaufenthalt absolvieren (die beantragten Auslandszeiten variieren zwischen 3 und 8 Wochen). 149 junge Arbeitnehmer werden zwischen 3 und 12 Monate im Ausland arbeiten, und 29 Ausbilder werden einen dreiwöchigen Auslandsaufenthalt absolvieren.

19 von österreichischen Institutionen eingereichte Pilotprojekte (mit einer Laufzeit von zwei bis drei Jahren) bzw. Berufsbildungs-Studien werden von Brüssel finanziell unterstützt werden. Diese Projekte betreffen die unterschiedlichsten Themenbereiche, wie z.B. die Entwicklung einer Ausbildung für Flugpiloten unter Berücksichtigung modernster Technologien und Sicherheitsstandards, die Integration von Behinderten am Arbeitsplatz, die Verbesserung der Ausbildung in den Bereichen ökologischer Obstbau, moderne Lasertechnologie und technische Chemie.

Darüber hinaus sind etwa 80 österreichische Partner an von der Kommission ausgewählten Projekten, die in anderen EU-Staaten eingereicht wurden, beteiligt.

Eines dieser genehmigten Projekte ist das Vermittlungsprogramm der Landesberufsschule 1 in Graz. Mit Partnern in Bozen und Stuttgart kam es zu einem Lehrlingsaustausch im KFZ-Bereich. So konnten 14 Schüler aus Bozen einen vierzehntägigen Lehrgang an

der Landesberufsschule absolvieren, in ausgesuchten Werkstätten arbeiten, bei Gastfamilien wohnen und ihre Sprachkenntnisse mit Hilfe von Deutschlehrern verbessern. Im Gegenzug war es sechs steirischen Lehrlingen möglich, bei der Firma Porsche in Stuttgart ein vierwöchiges Betriebspraktikum zu absolvieren.

Die Kosten für das Vermittlungsprogramm wurden durch den Beitrag der Europäischen Kommission sowie durch einen Zuschuß aus Mitteln der Wirtschaftsförderung gedeckt. Um die Mobilität für die tägliche Fahrten und Exkursionen sicherzustellen, wurde von einem Gleisdorfer Autohaus ein VW-Kleinbus für den gesamten Aufenthalt zur Verfügung gestellt. Die Firma Porsche beteiligte sich an den Lehrmitteln im Umfang von etwa 460.000,-- ÖS (LEONARDO-Magazin 1996).

Verzeichnis der Tabellen und Grafiken

(1) Schulen, Klassen, Schüler in den Berufsschulen	3
(2) Anteil der Berufsschüler in der 10. Schulstufe 1989/90 bis 1993/94	4
(3) Schülerzahlen im ganzjährigen und lehrgangmäßigen Unterricht im Vergleich der Schuljahre 1954/55, 1976/77 und 1993/94	6
(4) Die lehrgangmäßige und ganzjährige Organisation in den Bundesländern im Schuljahr 1995/96	8
(5) Verteilung der Schulbildung der Lehranfänger von 1973 bis 1994	10
(6) Verteilung der Schulbildung der männlichen und weiblichen Berufsschüler von 1973 bis 1994	12
(7) Anzahl der Berufsschullehrerinnen/lehrer verteilt auf Bundesländer und Alter im Schuljahr 1993/94	22
(8) 20jährige Wohnbevölkerung nach höchstem Bildungsabschluß	29
(9) Anteile der Schüler/Lehrlinge am Altersjahrgang 1982 und 1992	30
(10) Lehrstellensuchende und offene Lehrstellen	32
(11) Gründe für die Reduktion der Lehrlingsausbildung in der Industrie	34

Quellenverzeichnis

- BARGIL, M. et al., Allgemeinbildung, Bildung für alle?
Österreichischer Bundesverlag. Wien 1982.
- BAUER, F. et al., Bildungspolitik zwischen Vision und Realität.
Studie im Auftrag der AK-OÖ. Linz 1996
- BMUKA, Abt. 21, Die österreichische Berufsschule, Wien 1994.
- BMUKA, Österreichische Schulstatistik 94/95, Heft 44, Wien 1995.
- BMUKA, Pressemeldungen. 1. - 6. Lieferung, 1996
- DUFFEK, H. Allgemeinbildung versus Berufsausbildung. Eigenverlag
des Berufspädagogischen Institutes des Bundes in Kärnten.
Klagenfurt 1978.
- FRAJI, A./Lassnig, L., Schulabbruch, Schulwechsel und Möglich-
keiten der Verbesserung. Institut für Höhere Studien
(IHS), Wien 1994
- HOFSTÄTTER, M., Neue Produkte - Neue Trends? in: ÖIBF - Info
4/95
- ÖIBF, (Hrsg.), ÖIBF Info Nr. 3/94. 16. Jg. Wien 1994
- Bundeskammer für Arbeiter und Angestellte, Lehrlinge in Öster-
reich 1994, Wien 1995.
- PICHELMANN, K., Karriere mit Lehre? in: Wirtschaftswoche Nr. 10/
29.2.1996
- LEONARDO-Büro Wien; Leonardo-Magazin, Nr. 2/96
- Wirtschaftskammer Österreich, Lehrlingsstatistik 1995, Band 1,
Wien 1996.